



Regierungsratsbeschluss vom 18. Dezember 2018

Interpellation Nr. 124 Tonja Zürcher betreffend „Basel zeigt Haltung“ – welche Haltung zeigt die Basler Regierung gegenüber antisemitischer und rassistischer Kundgebung? ; schriftliche Beantwortung

P185401

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat steht für Offenheit, Fairness sowie Toleranz ein und stellt sich in aller Deutlichkeit gegen jegliche Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Basel-Stadt setzt sich interdisziplinär für die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung sowie gewalttätigem Extremismus ein und fördert präventive Massnahmen, wobei es keine Rolle spielt, welche Ideologie der Radikalisierung bzw. dem Extremismus zu Grund liegt. Der Regierungsrat bezieht auch klar Stellung gegen jegliche antisemitische Tendenzen und steht traditionsgemäss in engem Austausch mit der jüdischen Gemeinde im Kanton Basel-Stadt. Es ist Aufgabe des Staates, die freiheitlich demokratische Rechtsordnung und die verfassungsmässigen Rechte zu schützen, wozu auch die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit gehören. Die Polizei entscheidet bei der Bewilligung von Kundgebungen nicht nach politischen Inhalten oder Ideologien sondern beurteilt die Lage jeweils sorgfältig und handelt nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

